

Pressemitteilung

DKG zu Übergriffen auf Klinik-Beschäftigte

Krankenhaus-Personal deutlich stärker von Gewalt betroffen

Berlin, 17. April 2024 – Beschäftigte von Krankenhäusern sind immer häufiger von gewalttätigen Übergriffen betroffen. Das ergab eine repräsentative Umfrage des Deutschen Krankenhausinstituts (DKI) im Auftrag der Deutschen Krankenhausgesellschaft (DKG). Demnach gaben 73 Prozent der Krankenhäuser an, dass die Zahl der Übergriffe in ihren Häusern in den vergangenen fünf Jahren mäßig (53 %) oder deutlich (20 %) gestiegen ist. Nur vier Prozent verzeichneten weniger Gewalt. 80 Prozent der Kliniken gaben an, dass der Pflegedienst weit überwiegend von Gewalt betroffen sei. Die Hälfte der Kliniken nennt die Notaufnahme als besonders von Übergriffen belasteten Bereich. Als eine der Hauptursachen für Gewalt nannten 73 Prozent der Kliniken einen allgemeinen Respektverlust gegenüber Krankenhauspersonal, nach zustandsabhängigen Übergriffen z. B. durch Alkohol oder Schmerzen und noch vor krankheitsbedingtem Verhalten, z. B. Übergriffe durch demente oder psychisch kranke Patientinnen und Patienten. Lange Wartezeiten nannten 40 Prozent der Kliniken als eine der Hauptursachen.

Die Gewalt gegenüber Beschäftigten hat schwere Folgen. Nur 13 Prozent der Krankenhäuser gaben an, dass Übergriffe nicht zu psychischen Belastungen unter den Betroffenen geführt hätten. 24 Prozent der Kliniken nannten sogar Kündigungen als Folge der Übergriffe. Vor allem mit Deeskalationstrainings und baulichen Maßnahmen, z.B. Zutrittsbeschränkungen und Videoüberwachung, versuchen die Krankenhäuser, Übergriffen vorzubeugen. 28 Prozent der Kliniken setzen einen Sicherheitsdienst ein. Gleichzeitig fordern 93 Prozent der befragten Krankenhäuser angesichts der zunehmenden Gewalt eine Strafverschärfung.

DKI und DKG gehen von einer erheblichen Dunkelziffer der gewalttätigen Übergriffe aus. Gerade kleinere Übergriffe werden vielfach nicht angezeigt und als zur Tätigkeit gehörende Normalität betrachtet. Insofern spiegeln polizeiliche Statistiken nicht die Realität in den Kliniken wider.

„Gewalt gegen Krankenhausbeschäftigte ist inakzeptabel. Gesellschaftliche Schief lagen dürfen nicht auf die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in

PRESSESTELLE

Joachim **Odenbach**
Telefon +49 30 39801-1020

Holger **Mages**
Telefon +49 30 39801-1022

Dr. Jörn **Wegner**
Telefon +49 30 39801-1023

Rike **Stähler**
Telefon +49 30 39801-1024

Maxi **Schilonka**
Telefon +49 30 39801-1026

SEKRETARIAT/SACHBEARBEITUNG
Banu **Öztürk**
Telefon +49 30 39801-1025
Sina **Hoffmann**
Telefon +49 30 39801-1021

E-Mail pressestelle@dkgev.de

Wegelystraße 3
10623 Berlin

www.dkgev.de
www.facebook.com/dkgev
www.twitter.com/dkgev
www.dkgev.de/rss2.php
www.youtube.com/user/dkgev

Notaufnahmen und Stationen abgewälzt werden. Selbstverteidigungskurse für Pflegekräfte, Videoüberwachung in Krankenhausfluren oder abgeschottete Sicherheitsbereiche dürfen nicht als neue oder gar hinzunehmende Normalität akzeptiert werden. Überlange Wartezeiten in den Notaufnahmen, verursacht durch Überlastung wegen Behandlungen, die auch ambulant durchgeführt werden können, führen zwar zu Unmut und Frust. Sie entschuldigen aber nicht, dass gegenüber den Mitarbeitenden im Krankenhaus viel zu oft die Schwelle zur Gewalt überschritten wird. Es kann nicht sein, dass das Krankenhaus als letztes Glied in der Kette zum Austragungsort für gesellschaftliche Probleme wird und dass die Beschäftigten die Folgen fehlender Patientensteuerung am eigenen Körper zu spüren bekommen. Wer das zunehmende Problem der Übergriffe gegen Krankenhausbeschäftigte genauso wie gegen Rettungskräfte und viele andere angehen will, muss schon deutlich vor der Krankenhausversorgung ansetzen und gesellschaftliche Schief lagen thematisieren. Den Beschäftigten der Krankenhäuser ist es nicht weiter zuzumuten, körperliche und psychische Angriffe hinnehmen zu müssen.

Die Studie des DKI zeigt zudem, welche Folgen Gewalt für die Versorgung hat. Neben kurz- und mittelfristigen Personalausfällen kündigen Klinik-Beschäftigte und wechseln komplett ihren Beruf. Wir fordern eine konsequente Verfolgung der Straftaten und vor allem eine gesellschaftliche Debatte und politisches Handeln über zunehmende Gewalt, soziale Schief lagen und sinkende Hemmschwellen. Auch Strafverschärfungen für Übergriffe gegenüber Krankenhausbeschäftigten analog zu den Verschärfungen bei Angriffen gegen Rettungskräfte sind eine Option“, erklärt die stellvertretende Vorstandsvorsitzende der DKG, Prof. Dr. Henriette Neumeyer.

Die Umfrage ist dieser Pressemitteilung beigelegt.

Die Deutsche Krankenhausgesellschaft (DKG) ist der Dachverband der Krankenhausträger in Deutschland. Sie vertritt die Interessen der 28 Mitglieder – 16 Landesverbände und 12 Spitzenverbände – in der Bundes- und EU-Politik und nimmt ihr gesetzlich übertragene Aufgaben wahr. Die 1.887 Krankenhäuser versorgen jährlich 17 Millionen stationäre Patienten (2020) und rund 21 Millionen ambulante Behandlungsfälle mit 1,4 Millionen Mitarbeitern. Bei 127 Milliarden Euro Jahresumsatz in deutschen Krankenhäusern handelt die DKG für einen maßgeblichen Wirtschaftsfaktor im Gesundheitswesen.